111. Kann eine zurückgezogene Anschlußerklärung des Verletzten zum Zwecke der Unterstützung der öffentlichen Klage erneuert werden?
St.P.D. §§. 432. 444 Abs. 2.

III. Straffenat. Urtr. v. 18. Juni 1883 g. W. Rep. 1064/83.

I. Landgericht Zwickau.

Aus den Gründen:

Der Widerspruch gegen die Zulassung des Verletzten als Nebenkläger zur Unterstützung der öffentlichen Klage ist unzutreffend auf §. 432 St.P.D. gestützt. Die Vorschrift in §. 443 weist dem Verletzten, welcher sich dem Strafverfahren anschließen will, die Stellung des Nebenklägers zu, und die Grundsätze über die Privatklage sind sonach auf ihn insoweit anwendbar, als nicht in betreff der Nebenklage besondere Vorschriften erteilt sind. Eine solche ist in §. 442 enthalten, indem daselbst gesagt ist, daß die Anschlußerklärung durch Widerruf oder Tod ihre Wirkung verliert. Das Gesetz hat nun zwar die rechtliche Lage des Verletzten, insoweit derselbe einen Antrag auf Zuerkennung einer Buße wirklich gestellt hat, durch die Bestimmung in §. 444 Abs. 2 a. a. O. derjenigen des Privatklägers gleichgeordnet, insofern ein solcher Antrag nach der Zurücknahme ebensowenig erneuert werden kann, als wie eine zurückgenommene Privatklage nach §. 432 a. a. O. von neuem erhoben werden darf, dagegen ist in §. 442 a. a. O. dem Widerrufe der Anschlußerklärung die gleiche Wirkung nicht beigelegt;

es muß demnach davon ausgegangen werden, daß eine Anschlußerklärung, solange sie nicht den Antrag auf Zuerkennung einer Buße enthält, auch nach erklärtem Widerruf in jeder Lage des Verfahrens erneuert werden darf.